



Liebe Genossinnen und Genossen,

nach der Gründung einer Fraktion der extremen Rechten im Europäischen Parlament unter Beteiligung des französischen Front National von Marine Le Pen rufe ich die gemäßigten Kräfte im Parlament auf, sich geschlossen gegen die Extremisten zu stellen. Alle Fraktionen müssen nun gemeinsam dafür sorgen, dass die Rechtsextremen die europäische Bürgerkammer nicht für ihre menschenverachtenden Kampagnen zu Hause missbrauchen

können.

Gemeinsam mit der lothringischen Europaabgeordneten Nathalie Griesbeck habe ich in Straßburg gegen die Aushöhlung des Deutschunterrichts an den französischen Mittelschulen (Collèges) protestiert. Wir wollen erreichen, dass zumindest in der neuen französischen Großregion ALCA (Alsace-Lorraine-Champagne-Ardenne) zweisprachige Schulklassen erhalten bleiben.

Diese und weitere Themen findet Ihr in meinem neuen Newsletter. Viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Jo Leinen



NEUES AUS EUROPA

Und der Großregion SaarLorLux

No. 6/15, Juni 2015

Themen

Aktuelle Themen in der Europapolitik

PKW-Maut: Eine Lehrstunde in Europarecht für Herrn Dobrindt

Den Worten müssen Taten folgen: G7-Staaten müssen Klimaschutzziele erhöhen

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

Wir sagen den Rechten den Kampf an!

China-Delegation: Blockadehaltung der Regierung verhindert Wahlrechtsreform in Hongkong

Umweltausschuss (ENVI): Ressourceneffizienz als Wirtschaftsmotor - Nutzung von Rohstoffen soll bis 2030 um 30 Prozent verbessert werden

Plenarwoche in Straßburg: Empfehlungen des Parlaments für die TTIP-Verhandlungen

News aus der Großregion SaarLorLux

10 Jahre SaarLorLux-Internationale

Grenzüberschreitender Protest gegen die Aushöhlung des Deutsch-Unterrichts in Frankreich

30 Jahre Schengener Abkommen

Besucherguppen

PKW-Maut: Eine Lehrstunde in Europarecht für Herrn Dobrindt

Mit der Eröffnung des EU-Verfahrens gegen die PKW-Abgabe wurde in Brüssel das offizielle Ende der geplanten Ausländer-Maut in Deutschland eingeläutet. Entweder wird nun der Europäische Gerichtshof die PKW-Maut kassieren oder aber Verkehrsminister Dobrindt nimmt die nötigen Veränderungen vor und als Konsequenz werden auch die deutschen Autofahrer zahlen müssen.

Die Ausländer-Maut ist eine Schnapsidee aus dem bayerischen Landtagswahlkampf. Bereits seit Monaten steht fest, dass sie nicht mit dem Europarecht vereinbar ist. Das EU-Verfahren gegen die Maut wird eine öffentliche Lehrstunde in Europarecht für Alexander Dobrindt werden. Die CSU hat den Menschen Luftschlösser versprochen. Es kann keine europarechtskonforme Maut geben, die nur die ausländischen Autofahrer belastet.

Die PKW-Maut ist außerdem Gift für die Großregion SaarLorLux und für den kleinen Grenzverkehr mit den Nachbarn. Wenn an der Grenze ein Wegzoll abgeknöpft wird, werden es sich viele Menschen in Zukunft dreimal überlegen, ob sie zum Einkaufen ins Saarland fahren.

Den Worten müssen Taten folgen: G7-Staaten müssen Klimaschutzziele erhöhen

Das Ziel, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, erfordert von den reichen Industrieländern zusätzliche Kraftanstrengungen zum Klimaschutz. Auf dem G7-Gipfel in Elmau haben sich die Staatsoberhäupter darauf geeinigt, das bereits in Kopenhagen beschlossene Zwei-Grad-Ziel verpflichtend zu machen. Den Worten müssen nun Taten folgen.

Im Kern geht es um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 80-95 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 1990. Wenn die Industrieländer bis 2050 eine kohlenstoffarme oder gar kohlenstofffreie Wirtschaft erzielen möchten, dürfen sie keine Zeit mehr verlieren. Alle G7 Staaten brauchen daher verbindliche Ziele für 2020 und 2030. Bei einer Reihe der sieben Länder - insbesondere Kanada und Australien, aber auch Japan und den USA - gibt es in dieser Hinsicht noch erhebliche Widersprüche zwischen Worten und Taten.

Auch die EU muss ihr Klimaschutzpaket für 2030 nachbessern. Die drei Ziele müssen nicht nur verbindlich, sondern auch ehrgeiziger werden.

Wir sagen den Rechten den Kampf an!

Nach der Gründung einer Fraktion der extremen Rechten im Europäischen Parlament unter Beteiligung des französischen Front National von Marine Le Pen, der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV) unter Geert Wilders, der italienischen Lega Nord und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) rufe ich die gemäßigten Kräfte im Parlament auf, sich geschlossen gegen die Extremisten zu stellen.

Die Mitgliederliste der neu gegründeten Rechtsfraktion liest sich wie ein Who-is-Who des Fanatismus und Extremismus in Europa. Die einzige Gemeinsamkeit der Rechtspopulisten ist es, Ängste zu schüren und altbekannte Parolen gegen die Europäische Union zu verbreiten. Die extremen rechten Parteien haben weder eine gemeinsame politische Linie noch ein Programm, sondern einzig das Ziel, Europa zu schwächen.

Es ist schwer zu ertragen, dass die Gegner Europas nun auch noch mit Geldern der europäischen Steuerzahler finanziert werden. Es muss verhindert werden, dass Mitglieder der neuen Fraktion einflussreiche Positionen im Europäischen Parlament besetzen, da sie das europäische Interesse verraten.

Ich fordere alle pro-europäischen Kräfte im Parlament auf, der extremistischen Fraktion entschlossen entgegenzutreten: Alle gemäßigten Fraktionen im Parlament, von konservativ bis links, von grün bis liberal, müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Rechtsextremen die europäische Bürgerkammer nicht für ihre menschenverachtenden Kampagnen zu Hause missbrauchen können.

China-Delegation: Blockadehaltung der Regierung verhindert Wahlrechtsreform in Hongkong

Durch die Blockadehaltung der Regierung in Hongkong und deren mangelnder Kompromissfähigkeit ist ein Schritt zu mehr Demokratie in Hongkong verhindert worden. Nach vehementen Protesten für ein demokratisches Verfahren bei der Nominierung der Kandidaten hatte die Regierung dieses Frühjahr zwei Runden öffentlicher Konsultationen ausgerufen. Die daraufhin im April vorgelegten Reformvorschläge sehen zwar eine größere Anzahl an Kandidaten vor, die anschließend jedoch von einem Nominierungskomitee auf maximal drei Namen reduziert werden soll.

Die Regierungen in Hongkong und Peking sind nicht ausreichend auf die Forderungen der Demokratiebewegung eingegangen. Anstatt zumindest ansatzweise Kompromissbereitschaft zu zeigen, haben die Regierungen bis zuletzt gemauert und so jegliche Einigung unmöglich gemacht.

Die Fronten waren seit Beginn der Verhandlungen verhärtet und sind es bis zum Ende geblieben. Ich fordere alle politischen Kräfte in Hongkong und Peking dazu auf, die Forderungen der Bevölkerung für mehr Demokratie in Hongkong ernst zu nehmen und bald einen neuen Anlauf für eine echte Wahlrechtsreform zu unternehmen.

Umweltausschuss (ENVI): Ressourceneffizienz als Wirtschaftsmotor - Nutzung von Rohstoffen soll bis 2030 um 30 Prozent verbessert werden

Das Wirtschaftsmodell der Zukunft ist die Kreislaufwirtschaft, in der Produkte langlebig, reparierbar und recycelbar sind. In diesem umwelt- und verbraucherfreundlichen System werden viel weniger neue Rohstoffe gebraucht. Im Umweltausschuss haben wir ein ehrgeiziges Vorgehen im Hinblick auf Ziele und Indikatoren für Ressourceneffizienz beschlossen.

Ressourceneffizienz kann der Maßstab für ein neues Wirtschaftsmodell werden. Rohstoffpreise machen zurzeit mindestens 40 Prozent durchschnittlicher Produktionskosten aus. Eine Steigerung der Ressourceneffizienz um 30 Prozent ist deshalb eine große Chance sowohl für die Wirtschaft als auch für die Umwelt. Es ist auch höchste Zeit - denn die Rohstoffpreise steigen. Und Europa ist von Rohstoffimporten abhängig.

Ohne ambitionierte Ziele für eine höhere Ressourceneffizienz werden wir die Ökosysteme weiter schädigen und die Wirtschaft dennoch nicht zukunftsfähig gestalten können. Das Potential zur Einsparung von Kosten und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei mehr Ressourceneffizienz muss voll ausgeschöpft werden. Längere Garantien, eine erhöhte Herstellerverantwortung, klare Vorgaben zur Abfallvermeidung sowie eindeutige Preissignale sind weitere wichtige Instrumente zur Transformation der Wirtschaft in Europa.

Plenarwoche in Straßburg: Empfehlungen des Parlaments für die TTIP-Verhandlungen

Die für die Juni-Plenarwoche geplante Abstimmung über eine Position des Europäischen Parlaments zu TTIP ist verschoben worden. Laut Artikel 175 der Geschäftsordnung wird die TTIP-Resolution zurück in den Handelsausschuss gesendet.

Wir Sozialdemokraten akzeptieren diesen Beschluss. Es gab Gruppen im Parlament, die sich einer klaren Absage an ISDS verweigert haben. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch eine Mehrheit im Europäischen Parlament muss private Schiedsstellen ohne Wenn und Aber ausschließen.

Für folgende Forderungen, die im Handelsausschuss bereits abgestimmt worden sind, werden wir Sozialdemokraten uns weiter mit aller Kraft einsetzen:

- Arbeitnehmerrechte: Die Handelspartner sollen die acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifizieren und umsetzen.
- In TTIP sollen keine Kompromisse bei Lebensmittel, Umwelt- oder sonstigen Standards in der EU gemacht werden. Es soll keine Harmonisierung geben, die Standards zugunsten eines Abkommens nutzen könnte.
- Nur Dienstleistungen, die explizit in TTIP aufgelistet werden, sollen liberalisiert werden können.
- Die Handelspartner sollen TTIP nutzen, um Nachhaltigkeitsstandards für Energieproduktion und -effizienz zu erarbeiten und umweltfreundliche Technologien zu fördern.
- Transparenz: Die Verhandelnden sollen den Zugang zu Informationen und Verhandlungsdokumenten verbessern (inkl. konsolidierter Textversionen).
- Datenschutz: Der existierende und zukünftige EU-Rechtsrahmens für den Schutz persönlicher Daten darf unter keinen Umständen vom Abkommen tangiert werden.

News aus der Großregion SaarLorLux

10 Jahre SaarLorLux-Internationale

Am 20.06.2005 haben sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der Großregion bei der Gründungsveranstaltung in der Europäischen Akademie Otzenhausen zur "SaarLorLux-Internationale" zusammengeschlossen.

Für die Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux ist auch eine grenzüberschreitende Plattform der politischen Parteien notwendig. Besonders in den Bereichen Bildung, Kultur, Wirtschaft, Verkehr, Wissenschaft und Forschung sind grenzüberschreitende Lösungen notwendig. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sich auch die politischen Parteien grenzüberschreitend vernetzen. Die Großregion SaarLorLux sollte sich als eine Euroregion mit Modellcharakter weiterentwickeln.

Grenzüberschreitender Protest gegen die Aushöhlung des Deutsch-Unterrichts in Frankreich

Gemeinsam mit der lothringischen Europaabgeordneten Nathalie Griesbeck habe ich in Straßburg zusammen mit dem neu gegründeten Jugendkomitee gegen die Aushöhlung des Deutschunterrichts an den französischen Mittelschulen (Collèges) protestiert. Die in Frankreich beschlossene Bildungsreform ist ein schwerer Rückschlag für die Verständigung zwischen den Nachbarn in Deutschland und Frankreich.

Wir wollen erreichen, dass zumindest in der neuen französischen Großregion ALCA (Alsace-Lorraine-Champagne-Ardenne) zweisprachige Schulklassen erhalten bleiben.

Zusammen mit den Nachbarländern auf deutscher Seite sollte eine gemeinsame Vision für zweisprachige Euro-Regionen entwickelt werden. Die Frankreichstrategie der saarländischen Landesregierung wie auch die Politik der Mehrsprachigkeit in Luxemburg könnten als ermutigende Beispiele für andere Partner angesehen werden.

30 Jahre Schengener Abkommen

Vor 30 Jahren unterzeichneten Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg und die Niederlande das Schengener Abkommen, mit dem die Binnen-Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union schrittweise abgeschafft wurden. Bis auf Großbritannien, Irland, Zypern, Bulgarien, Rumänien und Kroatien sind mittlerweile alle EU-Staaten auch Schengen-Mitglieder. Außerdem gehören die Schweiz, Island, Norwegen und Liechtenstein dazu.

Die Abschaffung der Grenzkontrollen und die Reisefreiheit in Europa sind die Errungenschaft der Europäischen Einigung, die tagtäglich von vielen Millionen Menschen genutzt werden. Besonders hier in der Großregion SaarLorLux nutzen hunderttausende Menschen diese Freiheit tagtäglich, um zur Arbeit zu gelangen oder ihren Alltag zu gestalten.

Populistischen und nationalistischen Kräften in Europa ist die Reisefreiheit ein Dorn im Auge. Die Freizügigkeit in der Europäischen Union muss deshalb umso mehr verteidigt werden, um mit aller Macht eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu verhindern. Das Schengen-Abkommen über die Einführung der Reisefreiheit darf nicht zerstört oder werden.

Besucherguppen



JEF Saar und Europe Direct Saarbrücken

Kontakt

Europa-Büro Jo Leinen

Talstraße 58

D-66119 Saarbrücken

europa-buero@joleinen.de

Tel. 0681-5891331

Fax. 0681-5891332

Im Internet

www.joleinen.de

www.spd-europa.de

www.europarl.de



[facebook](#)

MitarbeiterInnen:

Marlene Lehmann

Michael Bachmann

Petra Müller-Jost